

Währungskrieg | 13.06.2013 | Lesezeit 3 Min.

Ängste sind übertrieben

Seit die japanische Zentralbank viel Geld in die Märkte pumpt und der Yen kräftig abgewertet hat, befürchten manche Beobachter einen Währungskrieg. Doch zumindest bislang sind die Folgen der Wechselkursänderungen wenig dramatisch und taugen schon gar nicht als Begründung für neue Handelshürden.

Dass das Thema Währungskrieg bei Ökonomen und Politikern für so viel Aufregung sorgt, dürfte nicht zuletzt auf die leidvollen Erfahrungen mit einem solchen Abwertungswettlauf zurückzuführen sein (Kasten).

Aktueller Anlass für die Debatte ist die expansive Geldpolitik der japanischen Zentralbank unter ihrem neuen Chef, Haruhiko Kuroda. Um die Wirtschaft nach langer Flaute anzukurbeln, will die Notenbank innerhalb von zwei Jahren umgerechnet mehr als 1 Billion Euro in den Geldkreislauf pumpen - unter anderem über den Ankauf von Staatsanleihen. Bereits seit ihrem Amtsantritt Ende 2012 hat die Regierung unter Premier Shinzo Abe die Zentralbank zu solch offensiven Maßnahmen gedrängt.

Wie stark die jüngsten Aktionen die Wirtschaft künftig beleben können, bleibt abzuwarten. Tatsache ist jedenfalls, dass die japanische Währung bereits seit Monaten auf Talfahrt ist (Grafik):

Im Herbst 2012 kosteten 100 Yen an den Devisenmärkten 1 Euro - Ende Mai 2013 nur noch 0,77 Euro.



Die Folgen sind unter Wirtschaftsexperten umstritten. Kritiker befürchten unter anderem, dass Japan mittelfristig in eine noch tiefere Krise rutschen und die einmal ausgelöste Inflation außer Kontrolle geraten könnte (Interview).

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) beurteilt die Auswirkungen von Tokios Geldpolitik weniger negativ. Vor allem ist zu beachten, dass die jüngste Yen-Abwertung im Wesentlichen den vorherigen Höhenflug wettgemacht hat:

Bis zum Sommer 2012 hatte der japanische Yen gegenüber dem Sommer 2008 um mehr als 70 Prozent aufgewertet.

Sofern sich also der Wechselkurs des Yen auf dem derzeitigen Niveau stabilisiert und damit die Handelsbilanz Japans nicht allzu stark ins Plus schießt, ist harsche Kritik an der japanischen Politik zunächst einmal unangebracht.

Auch in der Eurozone sind daher nach jetzigem Stand viele Ängste unbegründet - und Forderungen aus Frankreich nach einer aktiven Wechselkurspolitik seitens der Europäischen Zentralbank überzogen. Schließlich konnten die Euroländer im Handel mit Drittstaaten im vergangenen Jahr erstmals seit 2004 wieder einen Überschuss von etwa 100 Milliarden Euro erzielen. Die Yen-Abwertung ließ den Wechselkurs des Euro gegenüber den Währungen aller wichtigen Handelspartner der Euroländer nur moderat steigen. Europa dürfte die jüngsten Wechselkursverschiebungen also durchaus verkraften.

Die Währungssorgen einiger Schwellenländer erscheinen bei näherem Hinsehen ebenfalls übertrieben. Zwar hat die Niedrigzinspolitik der Industrieländer viel Kapital in aufstrebende Staaten mit höherem Zinsniveau wie Brasilien, China oder Russland getrieben (Grafik):

Im Jahr 2013 ziehen die Schwellenländer insgesamt voraussichtlich 1.100 Milliarden Dollar privates Kapital an – zehn Jahre zuvor waren es nur etwa 250 Milliarden Dollar.



Doch obwohl der Kapitalzufluss beispielsweise zur starken Aufwertung des brasilianischen Real beigetragen hat, konnte Brasilien weiterhin Handelsüberschüsse erwirtschaften – im vergangenen Jahr etwa betrug der Exportüberschuss fast 20 Milliarden Dollar. Mehr als die bisherigen dosierten Maßnahmen zur Wechselkursstabilisierung muss Brasilien also keineswegs ergreifen – zumal der Aufwertungsdruck zuletzt trotz der neuen japanischen Geldschwemme nachgelassen hat.

Viel wichtiger ist, dass der angebliche Währungskrieg nicht als Begründung für einen neuen Protektionismus dient, denn dieser könnte der Weltwirtschaft erheblich stärker schaden. Hier besteht tatsächlich Anlass zur Sorge. So hat beispielsweise Brasilien die Einfuhrzölle auf breiter Front erhöht – unter anderem für Autos, Stahlbleche und Papier.

Nachgefragt ...

... bei Dr. Georg Erber, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Wettbewerb und Verbraucher“ im Deutschen Institut für

Wirtschaftsforschung Berlin

Welche unmittelbaren Gefahren gehen Ihrer Meinung nach von der jüngsten Yen-Abwertung aus?

Die Yen-Abwertung hat natürlich Konsequenzen für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone und damit auch für die deutsche Wirtschaft. Insbesondere der Fahrzeugbau und der Maschinenbau konkurrieren ja auf den Weltmärkten intensiv mit japanischen Herstellern. Verändern sich die relativen Preise zwischen diesen Unternehmen, beeinflusst dies auch den Wettbewerb.

Aber für Japan zahlt sich der schwächere Wechselkurs aus, oder?

Die Exportwirtschaft profitiert zunächst. Dennoch birgt die japanische Politik auch für das eigene Land erhebliche Risiken. So macht der durch die Yen-Abwertung ausgelöste Börsenboom japanische Staatsschuldverschreibungen unattraktiv. Zur Finanzierung seiner Schulden muss Japan daher wohl verstärkt die Notenpresse anwerfen. Die Inflation könnte dann weit stärker steigen als angestrebt, was die Binnenkonjunktur abwürgen würde. Damit wäre die Gesundung der japanischen Volkswirtschaft erst einmal weit entfernt. Sollten Handelspartner wie die USA zudem Japan als Währungsmanipulator brandmarken und Sanktionen ergreifen, würde sich die Krise verschlimmern.

Kernaussagen in Kürze:

- Seit die japanische Zentralbank viel Geld in die Märkte pumpt und der Yen kräftig abgewertet hat, befürchten manche Beobachter einen Währungskrieg.
- Bis zum Sommer 2012 hatte der japanische Yen gegenüber dem Sommer 2008 um mehr als 70 Prozent aufgewertet.
- Im Jahr 2013 ziehen die Schwellenländer insgesamt voraussichtlich 1.100 Milliarden Dollar privates Kapital an - zehn Jahre zuvor waren es nur etwa 250 Milliarden Dollar.